ES-04

Am Atomausstieg festhalten - keine Laufzeitverlängerung und auch kein Streckbetrieb

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	KV Friedrichshain-Kreuzberg
Beschlussdatum:	30.08.2022
Tagesordnungspunkt:	ES Sichere Energieversorgung für den Winter
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Wir fordern die Bundesregierung, insbesondere die bündnisgrüne Fraktion und Wirtschaftsminister Robert Habeck dazu auf, am Koalitionsvertrag und somit am Atomausstieg festzuhalten. Eine Atomgesetznovelle, die den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken über den 31.12.2022 hinaus erlaubt, lehnen wir ab.

Wie vereinbart, muss zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 der Schwerpunkt der Anstrengung der Energieversorgung auf dem Ausbau und der Nutzung der Erneuerbaren Energien liegen. Atomkraft darf ab Dezember 2022 weder für die Strom- oder die generelle Energieversorgung eingesetzt werden. Denn:

- Die Debatte um eine sogenannte Laufzeitverlängerung oder gar einen Wiedereinstieg in die Atomenergie ist rein politisch motiviert.
- Atomenergie ist teuer - pro Kilowattstunde aus einem neuen AKW zwischen drei- und viermal so teuer wie Energie aus Wind- oder Solaranlagen.
- Atomkraft ist unflexibel und damit nicht zum Betrieb gemeinsam mit Solar- und Windenergie geeignet und natürlich gefährlich.

Es geht den Befürworter*innen einer als “Streckbetrieb” getarnten Laufzeitverlängerung nicht um die sichere oder gar die günstige Versorgung mit Energie, sondern nur ausschließlich darum, vermeintliche “Lebenslügen der Grünen” aufzuzeigen und die Energiewende als Ganzes in Frage zu stellen. Der grenzenlose Zynismus der Pro-AKW-Lobby zeigt sich bereits daran, dass ein “Streckbetrieb” mit der möglichen Unzuverlässigkeit französischer AKW begründet wird. Dabei ist glasklar, dass sich die Strom- und Energielücke durch das Ausbleiben russischen Gases und den möglichen weiteren Ausfall französischer AKW anders weit besser beheben lässt,

etwa durch eine Flexibilisierung von Biogasanlagen, das Ende der Drosselung der PV-Einspeisung, die kurzfristige Ertüchtigung von Netzen, etwa durch Batterien sowie im Zweifel durch das stundenweise Abschalten großer Lasten. All das bietet ein Vielfaches an Potential als der Weiterbetrieb der Atomkraft.

Atomkraftwerke bieten keine Energiesicherheit

AKW, z.B. in Frankreich müssen in Hitzesommern wie 2022 abgeschaltet werden, wenn Flüsse zu

warm werden und nicht ausreichend Kühlwasser liefern können, bzw. wenn durch das abgeleitete
Kühlwasser die Maximaltemperaturen überschritten werden. Frankreich ist diesen Sommer auf Strom aus Deutschland angewiesen, weil 40 % der AKW wegen Störungen, Wartungsarbeiten oder
mangelndem Kühlwasser nicht laufen können. Atomkraft leistet hier keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit, und ist absehbar nicht mehr mit dem Klimawandel verträglich.

AKW sind unflexibel

AKW können nicht flexibel hoch- und runtergefahren werden und hätten deshalb immer Vorrang vor dem Strom aus Wind und Sonne. Eine Laufzeitverlängerung würde die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien blockieren. Statt auf regionale Brown-Outs mit flexiblem Lastmanagement zu reagieren, soll auf Verdacht atomare Grundlast vorgehalten werden – auch um den Preis Windräder und Photovoltaik in verbrauchsarmen Zeiten abzuschalten.

Hohe wirtschaftliche Risiken

Die Betreiber der letzten drei AKW verlangen jetzt schon, dass der Staat wirtschaftlich einspringt und die Haftung für alle Risiken übernimmt. Dies würde zu einer zusätzlichen Belastung des Bundeshaushalts führen, denn niemand wird diese Kraftwerke versichern. Wir brauchen das Geld für die Energiewende!

AKW sind unsicher!

Seit drei Jahren, seit 2019, ist die gesetzlich vorgeschriebene periodische Sicherheitsüberprüfung für die noch laufenden AKW eigentlich überfällig. Eine seriöse Sicherheitsprüfung dauert rund zwei Jahre. Genau solche Sicherheitsüberprüfungen haben in Frankreich zum Abschalten von AKW geführt. Gefahren erkennt man erst, wenn man prüft! Betreiberfirmen der Atomkraftwerke haben angekündigt, ab dem ersten Januar keine Haftung für
Unfälle übernehmen zu wollen. Eine wie auch immer geartete Laufzeitverlängerung hieße, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages diese Anlagen ungeprüft für sicher erklären würden. Der Ersatz einer Prüfung durch die zuständige Atomaufsicht durch den Glauben des*der

einzelnen Abgeordneten ist kaum mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz

von Leben und Gesundheit zu vereinbaren. Vor diesem Hintergrund ist eine Laufzeitverlängerung der letzten drei AKW in jedem Fall zu verhindern.

Steckbetrieb führt fast zwangsweise zu Laufzeitverlängerung!

Für die Streckbetrieb genannte Laufzeitverlängerung, in der die Anlagen mit den verbleibenden Brennelementen auskommen müssen, müsste die Stromproduktion jetzt schon gesenkt werden, damit der Brennstoff länger reicht. Die zeitliche Verlängerung würde nicht zu mehr Strom führen. Werden hingegen die Brennelemente im Jahr 2022 voll abgebrannt und Anfang 2023 dennoch weiterverwendet, dann sinkt die Kraftwerksleistung im Frühjahr schnell ab – auch dann bleibt der Zusatz- Beitrag zur Stromerzeugung sehr überschaubar. Verglichen mit dem gesetzgebungstechnischen und politischen Aufwand, der dafür nötig wäre, lohnt sich das in keiner Weise. Die Befürworter*innen eines Streckbetriebs liefern zudem jedes Argument für eine darüberhinausgehende Laufzeitverlängerung, da die Lage im Winter 2023/24 in Bayern

kaum anders sein wird als in diesem. Wer mit Streckbetrieb anfängt, droht am Ende bei einer Verlängerung mit neuen Brennelementen zu landen.

Wir teilen die wissenschaftliche Sicht der Umweltverbände

Wir teilen die Position von

- .ausgestrahlt, dass AKW weder nutzbare Wärme erzeugen noch Erdgas als Industrie-Rohstoff ersetzen, sondern ihr Weiterbetrieb für CDU, CSU und FDP bloß den Ausstieg vom Ausstieg einleiten soll.
- der Deutschen Umwelthilfe (DUH), dass ein Weiterbetrieb der drei verbleibenden deutschen Atomkraftwerke Neckarwestheim II, Emsland und Isar 2 ein unkalkulierbares und vollkommen unnötiges Sicherheitsrisiko darstellt, das keinen Beitrag zur Energiesicherheit leisten würde.
- des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dass Atomkraft eine unberechenbare Hochrisiko-Technik ist und für die Energieversorgung mit einem Anteil von etwa einem Prozent am Endenergieverbrauch weder kurz- noch mittelfristig eine wesentliche Rolle spielt. Die letzte periodische Sicherheitsprüfung der letzten drei AKW, die mindestens alle 10 Jahre erfolgen muss, fand 2009 nach den Sicherheitsanforderungen aus den 1980er Jahren statt. Das Uran kommt zudem derzeit auch aus Russland und Kasachstan. Das ist keine Energieunabhängigkeit.
- des Naturschutzbund Deutschland (NABU), dass nicht die Atomkraft die erhoffte Importunabhängigkeit und Versorgungssicherheit gewährleistet, sondern einzig die heimischen Erneuerbaren Energieträger Wind, Biomasse, Solar, Wasser und Erdwärme.

Wir müssen unserer Voreiterrolle treu bleiben!

Eben weil Atomkraft eine gefährliche, nicht beherrschbare Energietechnologie ist, haben wir uns seit unserer Gründung für Alternativen stark gemacht. Der gesetzlich beschlossene Atomausstieg und der Einstieg in die Erneuerbaren Energien gehören zusammen - haben nicht nur zu einem breiten gesellschaftlichen Konsens geführt. Der Atomausstieg steht daher auch für Verlässlichkeit und Investitionssicherheit in der Energiepolitik. Die deutsche Energiewende mit der hier eingeleiteten Kostendegression ist verantwortlich, dass weltweit - von China bis in die USA - Erneuerbare Energien boomen. Jedes Jahr gehen mehr erneuerbare als fossile Kapazitäten und ein Hundertfaches als atomare Kapazitäten ans Netz. Wenn nun Deutschland, das inzwischen mehr als doppelt so viel Strom erneuerbar erzeugt als die Atomenergie in ihren besten Zeiten, sich durch eine Laufzeitverlängerung ohne sachlichen Grund selbst bescheinigt, nur mit Atomenergie Versorgungssicherheit herstellen zu können, ist dies ein gewaltiger Rückschlag für die globale Energiewende.

Den Atomkonsens bewahren

Der Atomkonsens ist eine Errungenschaft jahrzehntelanger Bemühungen unserer Partei, die wir unter keinen Umständen wieder aufgeben sollten. Das gilt gerade für den Entsorgungskonsens. Die Endlagersuche für den eine Million Jahre strahlenden Atomabfall ist ungelöst. Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, den nächsten 40000 Generationen nicht noch mehr strahlenden Atommüll aufzubürden – und stattdessen konsequent auf den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie, Energieeffizienz und Energiesparen zu setzen.

Energiewende umsetzen statt falsche Rezepte von gestern erneut zu probieren

Bayern, wo jetzt am lautesten nach Laufzeitverlängerung gerufen wird, ist durch die verfehlte Energiepolitik wie kein anderes Bundesland auf Stromimporte angewiesen. Die bayerische Regierung muss endlich Energiesparmaßnahmen umsetzen. Neun der 18 Städte mit dem pro Kopf höchsten Energieverbrauch liegen in Bayern. Kein Strom für die Beschneiung der bayerischen Alpen ist nur ein Beispiel für das gigantische Stromsparpotenzial. Die 8% Strom aus Atomkraft und die Verstromung von Erdgas werden vor allem durch Sparmaßnahmen und ein bedarfsgerechtes Lastmanagement ersetzt werden müssen. Pro Kopf verbraucht Bayern übrigens doppelt so viel Gas wie der Rest des Landes. Bayern muss aber vor allem sofort damit aufhören, den Ausbau von Windkraft und Stromtrassen zu verhindern.

Energie aus Sonne und Wind statt aus Kohle, Gas, Öl - und Atom

Die Argumente gegen Atomkraft gelten weiter. Würden wir die atomare Gefahr für einige Monate Streckbetrieb akzeptieren, statt mit aller Kraft Energie zu sparen und erneuerbare Energie auszubauen, riskieren wir die Energiewende. Die Debatte um eine Laufzeitverlängerung auch in Form eines Streckbetriebs von AKW zieht die Aufmerksamkeit und Energie weg von der einzig nachhaltigen und langfristig tragfähigen Lösung für die Energiekrise: den Ausbau der Erneuerbaren.

Begründung

erklär sich selbst :-)